

AUSZUG AUS DEM WORTPROTOKOLL

**der 54. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

***Donnerstag, 19. November 2009
10.12 Uhr - 19.16 Uhr***

Tagesordnung

- 1.
2. *Burgenländisches Abgabeanpassungsgesetz 2009*
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.
- 7.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1306) über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabeanpassungsgesetz 2009 (Zahl 19 - 813) (Beilage 1310)

Berichterstatter: Werner Brenner (S. 8618)

Redner: Landesrat Helmut Bieler (S. 8618), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 8620), Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner (S. 8622), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 8623), Ing. Rudolf Strommer (S. 8623), Kurt Lentzsch (S. 8625), Christian Illedits (S. 8626), Maga. Margarethe Krojer (S. 8627) und Leo Radakovits (S. 8628)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 8630)

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1306) über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabeanpassungsgesetz 2009, (Zahl 19 - 813), (Beilage 1310);

Präsident Walter Prior: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1306 über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabeanpassungsgesetz 2009, Zahl 19 - 813, Beilage 1310.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Brenner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichtersteller Werner Brenner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabeanpassungsgesetz 2009, in seiner 40. Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2009, beraten.

Ich wurde zum Berichtersteller gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vor mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabeanpassungsgesetz 2009, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichtersteller. Zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landesrat Helmut Bieler das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An sich wollte ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt - Abgabenänderung nicht melden, aber nachdem die ÖVP-Bürgermeister, offensichtlich auf Zuruf ihres Parteichefs sich am Freitag zu diesem Thema geäußert haben, bin ich gezwungen etwas dazu zu sagen.

Die Ortschefs rufen eine Finanzkrise aus. Das ist jammern auf Befehl. (*Abg. Matthias Weghofer: Das ist nicht jammern auf Befehl, das sind Tatsachen!*) Und zwar zufällig an dem Tag, an dem ich Vorsitzender der österreichweiten Landesfinanzreferentenkonferenz bin, werden solche, bewusst negativen Meldungen hinaus gegeben.

Weil es kann ja nicht sein, dass ein sozialdemokratisches Regierungsmitglied positive Meldungen hat (*Unruhe bei der ÖVP*) und die ÖVP sagt da nichts dazu.

Übrigens dieselbe Vorgangsweise wie sie die ÖVP in perfider Weise bei der Thermenzufahrt gewählt hat. Wo sie am Tag der Eröffnung der St. Martins Therme & Lodge die Thermenzufahrt durch den Nationalpark gefordert hat, ohne (*Unruhe bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist ja falsch. Sie sind Mitglied einer Landesregierung und sagen so falsche Dinge. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Notwendigkeit, um gleichzeitig das Projekt schlecht zu machen, beziehungsweise (*Unruhe*

bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist falsch.) zu versuchen den Herrn Landeshauptmann anzupatzen.

Die ÖVP-Bürgermeister haben gesagt, dass die Landesabgaben steigen, verschweigen aber dazu, verschweigen dazu ganz bewusst, dass nicht nur die Aufwendungen der Gemeinden, sondern genauso die Aufwendungen des Landes im höheren Ausmaße davon betroffen sind. (Abg. Matthias Weghofer: Mit den Swap-Geschäften.)

Die Bürgermeister sagen, das Land zahlt die Ertragsanteile in geringerem Ausmaß aus, wissen aber ganz genau, ich hoffe zumindest, dass sie es wissen, dass der Bund die Ertragsanteile auszahlt und der Bund auch nicht anders kann, weil eben die wirtschaftliche Situation so ist wie sie ist.

Das Land hat minus 35 Millionen Euro Einbußen bei den Ertragsanteilen. Das sind minus 7,73 Prozent. Die Gemeinden haben rund 13,5 Millionen Euro in Gesamtzahl, das ist rund 6,5 Prozent.

Das ist für die Gemeinden der positive Beweis, dass der letzte Finanzausgleich gerade für die burgenländischen Gemeinden besser ausgefallen ist, weil sie eben kleiner strukturiert sind als die Länder selber, weil sich die Finanzreferenten dafür ausgesprochen haben und die Länder zusätzlich Geld für die kleinen Gemeinden zur Verfügung gestellt haben.

Das heißt, hier davon zu sprechen, dass die Gemeinden schlechter gestellt werden und das Land wäre schuld, ist schlichtweg falsch (Abg. Matthias Weghofer: 150.000 Euro. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) und passt in die Diskussion und die Taktik der ÖVP hinein.

Trotzdem hat sich das Land bereit erklärt, 1,7 Millionen Euro für die Verlierergemeinden zur Verfügung zu stellen, für jene Gemeinden, die einen Bevölkerungsrückgang haben.

Ich darf nur im gleichen Zuge daran erinnern, dass die Finanzierung der Spitäler zu rund 90 Prozent durch das Land erfolgt, die Abgabendeckung, und nur rund zehn Prozent durch die Gemeinden.

Wir haben bei dem Landeskoordinationskomitee vereinbart, dass die Landesumlage aufrecht bleibt. Was die ÖVP jetzt macht ist eindeutiger Vertragsbruch dieser Übereinkommen.

Mitzustimmen, weil sie auch etwas dafür bekommt und dann in der Öffentlichkeit immer dagegen zu wettern und gegen das Land aufzutreten, das ist einfach schäbig und nicht in Ordnung.

Ich bezeichne das als einen eindeutigen Vertragsbruch, den die ÖVP hier begeht. (Beifall bei der SPÖ)

Dieselbe Vorgangsweise, wie sie die ÖVP beim Budget gewählt hat, hat sie auch beim Nachtragsvoranschlag gewählt. Ohne Begründung hat sie dagegen gestimmt. Und ich darf erinnern, beziehungsweise der Öffentlichkeit mitteilen, soweit sie das noch nicht weiß, dass die ÖVP damit gegen eine Erhöhung der Wirtschaftsförderung um rund 3,3 Millionen Euro gestimmt hat.

Das heißt, die ÖVP verabschiedet sich da für ihre Parteitaktik von der Wirtschaftskompetenz die sie vormals gehabt hat. Egal was es kostet, Hauptsache man ist dagegen, man versucht die Regierungspartei, der Herr Landesrat Rezar (Abg. Ilse

Benkö: Hören wir auf. Löst auf! Fangen wir noch einmal an.) sagt immer, die die in der Regierung arbeiten, anzuputzen.

Das Gleiche, sie stimmt gegen eine Auszahlung von 1,6 Millionen Euro an Firmen, die ihre Leistungen bereits erbracht haben, wo das Land die Rechnungen bezahlen muss. Da stimmt die ÖVP dagegen. Sie stimmt, und das ist ja fast moralisch noch ärger, gegen eine Erhöhung der Unwetterkatastrophenauszahlungen von 570.000 Euro.

Das heißt, sie lassen nicht nur bei den Bauten die Menschen im Stich, sondern auch bei der Auszahlung. Das ist ja an sich unerhört und unerträglich.

Auch für die Zahlungen der Gelder an die Eltern für den Gratiskindergarten, da hat die ÖVP dagegen gestimmt. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Zu welchem Tagesordnungspunkt reden Sie überhaupt? – Unruhe bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident, bitte zur Sache rufen.)*

Eine Erhöhung von 5,8 Millionen Euro im Sozialbereich, für diejenigen die sozial am stärksten betroffen sind, in dieser Wirtschaftskrise, da stimmt die ÖVP dagegen.

Und sie stimmt gegen die Finanzierung der Thermenzufahrt, *(Abg. Ilse Benkö: Ihr könnt nicht mehr miteinander. Hören wir auf! Lösen wir auf. Ihr seid fertig.)* wo sie vorher gefordert hat, dass das getan wird.

Wenn man sich, Frau Kollegin Benkö, das Verhalten der ÖVP der letzten Monate und Jahre betrachtet und vor Augen hält, dann muss man zum Schluss kommen, dass die ÖVP eigentlich die radikalste Oppositionspartei ist, obwohl sie in der Regierung sitzt und obwohl sie Verantwortung tragen sollte. *(Zwiegespräche in den Bänken der Abgeordneten.)*

Da sollte die Steindl-ÖVP selber die Konsequenzen ziehen und sollte endlich dieses unwürdige Spiel beenden und aus der Regierung ausscheiden.

Vertragsbruch, dagegen zu sein, das ist keine gute Arbeit einer Regierungspartei. Und die ÖVP hat bewiesen, dass sie keine Regierungspartei mehr ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als Nächstem erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Ja sehr geehrter Herr Präsident! Ich wollte mich nicht zu Wort melden. Aber nach dieser Hasstirade des Herrn Landesrat Bieler muss einiges *(Abg. Kurt Lentsch: Nur Hass. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Genau, nur Hass. – Abg. Christian Sagartz, BA: Das kann man anders auch.)* richtiggestellt werden.

Ich versuche das auf eine sehr sachliche Art und Weise. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich weiß schon, das tut weh. – Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Als wir im Landeskoordinationskomitee über die Situation der Gemeindefinanzen diskutiert haben, gab es seitens des Gemeindebundpräsidenten Leo Radakovits die Anregung, man möge über die Herabsetzung der Landesumlage, beziehungsweise über die Zweckbindung diskutieren.

Nach einer Diskussion wurde vereinbart, dass den Gemeinden, den so genannten 89 Verliergemeinden, für das Jahr 2009 1,7 Millionen und für das Jahr 2010 nochmals 1,7 Millionen Euro ausbezahlt werden. Und ich glaube das ist ein richtiger Weg.

Der findet meine Unterstützung und ich möchte mich beim Gemeindebund für diese großartige Initiative bedanken. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Georg Pehm: Dagegen habt Ihr gestimmt. – Abg. Robert Hergovich: Wieso stimmen Sie im Budget dagegen?)*

Zweiter Punkt: Ich habe bereits in der Öffentlichkeit mein Gemeindepaket vorgestellt. Nachdem Sie sich hier gemeldet haben, möchte auch ich dieses Paket vorstellen.

Nämlich Punkt Eins, gerade die Gemeinden sind es, die sehr viel investieren, nämlich fast 130 Millionen Euro pro Jahr, sie sind einer der größten Investoren. Und ganz wichtig, die Gemeinden beauftragen die Kleinstbetriebe, den Malermeister, den Baumeister oder den Tischlermeister in der Region.

Und damit bleibt bei jeder Investition die Wertschöpfung im Bezirk, in der Region. Damit werden unsere burgenländischen Betriebe am besten gefördert. Das halte ich für gut und daher gehören die Gemeinden in ihrer Tätigkeit massiv unterstützt. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illedits: Wieso seid Ihr dann gegen das Budget?)*

Das ist Wirtschaftsförderung, daher habe ich vorgeschlagen, dass wir zusätzlich ein fünf Millionen Euro Paket schnüren, Herr Landesrat Bieler. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Mit der Gießkanne ausschütten, wirkungslos. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Nein, sondern für Projekte nach gewissen Richtlinien, die wir auch in vielen anderen Bereichen, Herr Abgeordneter, *(Abg. Mag. Georg Pehm: 171 Gemeinden.)* haben. Das Geld soll den Gemeinden zur Verfügung stehen. *(Abg. Robert Hergovich: Sie haben dagegen gestimmt. – Abg. Mag. Georg Pehm: In Ihrem Antrag steht, jeder Gemeinde.)* Nach Richtlinien, nicht nach der Gießkanne.

Und ich bin dafür, Herr Abgeordneter Pehm, Sie können anderer Meinung sein, ich bin dafür, dass *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das steht in Ihrem Antrag.)* wir dieses Geld nicht für Werbemaßnahmen der *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das steht in Ihrem Antrag.)* SPÖ Regierungsmitglieder ausgeben, sondern für die Gemeinden. Damit können Arbeitsplätze geschaffen werden. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Georg Pehm: Dann müssen Sie ihn umschreiben.)*

Ich bin dafür, dass wir auch darüber diskutieren, so wie in Oberösterreich und in Niederösterreich, den Herrn Landesrat Bieler stelle ich gerne die Unterlagen zur Verfügung, dass wir die Landesumlage reduzieren.

Zweitens, die Landesumlage zweckbinden oder zur Gänze wie in Niederösterreich abschaffen. *(Abg. Ernst Schmid: Die zahlen ja mehr andere Abgaben.)* Damit ist den Gemeinden am besten geholfen.

Und jeder Bürgermeister und viele sitzen da und drehen den Euro, den Cent dreimal um, bevor sie ihn ausgeben. *(Abg. Vinzenz Knor: Und das ist der Gemeindereferent. – Abg. Willibald Stacherl: Du kennst Dich da überhaupt nicht aus.)*

Sie verjuxen nicht das Geld, wie es der Finanzlandesrat gemacht hat mit den Swap- und mit den Devisenoptionsgeschäften. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Georg Pehm: Es gibt keine Devisenoptionsgeschäfte des Landes, das wissen Sie.)*

Der Nachtragsvoranschlag hat deswegen *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist die Unwahrheit, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* in der Regierung unsere Zustimmung nicht gefunden, nicht weil jetzt diese Investitionen getätigt werden. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist die Unwahrheit.)*

Sondern der Nachtragsvoranschlag hat deswegen unsere Zustimmung nicht gefunden, weil Erstens einmal, der Herr Landesrat Bieler wieder einmal mit seiner Art und Weise drüber gefahren ist.

Kein (*Abg. Edith Sack: Weil Ihr keine Verantwortung übernehmen wollt, deswegen. – Allgemeine Unruhe. – Abg. Ilse Benkö: Hallo!*) ÖVP-Regierungsmitglied wurde mit eingebunden, unsere Budgetwünsche nicht berücksichtigt, die Anliegen der Gemeinden nicht berücksichtigt. (*Abg. Ilse Benkö: Was ist das? Ist das jetzt ein Neuwahlantrag?*)

Aber dafür sind für Werbemaßnahmen wieder Gelder sichergestellt worden. Das ist Wahlkampf pur und daher sind wir gegen diesen Nachtragsvoranschlag gewesen. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist die Unwahrheit. – Beifall bei der ÖVP*)

Und der dritte Punkt, (*Abg. Anna Schlaffer: Für Werbung brauchen wir keinen Nachtragsvoranschlag, das kann ich Ihnen sagen.*) Herr Landesrat Bieler, wissen Sie, da haben Sie sich jetzt selber verraten, bei uns funktionieren die Strukturen ganz anders.

Bei uns gibt es von der oberen Ebene in Richtung Gemeinden und Bürgermeister keine Zurufe, auch keine Befehle. (*Abg. Edith Sack: Na geh. – Heiterkeit bei der SPÖ – Allgemeine Unruhe*)

Unsere Bürgermeister sind sehr selbständig, agieren auch sehr selbständig und darauf bin ich als Landeshauptmann-Stellvertreter sehr stolz. Das ist der Unterschied zur SPÖ. (*Beifall bei der ÖVP - Allgemeine Unruhe. – Abg. Edith Sack: Das glaubst Du ja selber nicht. – Abg. Ilse Benkö: Hallo! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Präsident Walter Prior: Als Nächstem erteile ich Herrn Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! (*Abg. Ilse Benkö: Was ist denn das? - Abg. Mag. Werner Gradwohl: Das ist eine Regierungssitzung. – Allgemeine Unruhe – Zwiegespräche auf der Regierungsbank – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Präsident Walter Prior: Meine Herren auf der Regierungsbank, Ihr Kollege Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner ist jetzt am Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner (ÖVP) (fortsetzend): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Als für den Naturschutz verantwortliches Regierungsmitglied möchte ich ganz klar feststellen, damit hier keine Missverständnisse passieren.

Zur geplanten Zufahrt, und vom Kollegen Lentsch und Kollegen Strommer, nach Verhandlungen, die bereits vor Thermenbaubeginn mit den Gemeinden, mit den Verantwortlichen abgehalten wurden, stelle ich ganz klar fest, dass diese geplante Zufahrt nicht durch Nationalparkgebiet durchführt. Damit hier keine Missverständnisse aufkommen.

Und ich erkenne auch nicht, dass das eine Kritik am positiven Projekt der Therme sein soll. Ich selbst war erst vorgestern das letzte Mal in der Therme. Ich habe mich hier sehr wohl gefühlt, es ist ein (*Abg. Christian Illredits: Das ist eh schön. – Allgemeine Unruhe*) schönes, ein tolles Projekt.

Und das hier als Kritik an der Therme zu sehen, beweist politische Engstirnigkeit und sonst gar nichts. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Werner Gradwohl: Einmal geht es noch.)*

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann. *(Abg. Kurt Lentsch: Ist das eine Regierungssitzung oder was? – Abg. Leo Radakovits: Ist das eine Regierungssitzung?)*

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Also, jetzt muss ich natürlich zu dieser Sache schon auch meine Meinung sagen. *(Abg. Johann Tschürtz: Müssen?)*

Wenn man drei Jahre die Therme plant, 13 Gemeinden Millionen Euro an Haftungen mit übernimmt, das die größte Investition, Einzelinvestition, in der Geschichte des Seewinkels ist, alle hoffen, dass das Projekt auch ein Erfolg wird, weil es die große Zukunftschance *(Abg. Matthias Weghofer: Ein Niessl-Denkmal, hört man.)* der Region ist, und am Eröffnungstag über die Zufahrt diskutiert, was für niemanden nachvollziehbar ist.

Für niemanden, schon gar nicht von der Wirtschaft her, und es haben schon einige angerufen, für welchen Unsinn die Diskussion gehalten wird, dass hier am Tag der Eröffnung, wo sich alle darüber freuen, dass es diese Einrichtung gibt, auf die sie jahrelang warten, über eine Zufahrt diskutiert wird, die drei Jahre nicht Thema war, sondern am Eröffnungstag thematisiert wird.

Das ist eine Vorgangsweise, die keine Oppositionspartei macht. Keine Freiheitlichen, keine Grünen, das macht ausschließlich die ÖVP zur Schädigung des Wirtschaftsstandortes Seewinkel.

Und das ist eigentlich ein Fehler, ein Kardinalfehler, wo Grenzen überschritten worden sind. Da hat niemand Verständnis dafür und am wenigsten Verständnis hat die Wirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident, ich möchte mich zu Wort melden.)*

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem das nicht eine Regierungssitzung ist, sondern die Mandatare des Hohen Hauses sich einig sind, dass das in Rede hier stehende Gesetz, ich gehe davon aus, einstimmig beschlossen werden soll, aber sich die Regierungsmitglieder alle zu Wort melden, muss auch ich hier Dinge klar stellen, die hier in diesen Wortmeldungen ganz einfach dargestellt werden und so nicht stimmen.

Es haben der Kurt Lentsch und ich eine Presseaussendung gemacht. Ich habe sie zufällig, wirklich zufällig, da. *(Heiterkeit bei der SPÖ)* Ich lese Sie Ihnen jetzt *(Abg. Ewald Gossy: Zufällig.)* vor, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich weiß nicht, warum der Herr Finanzlandesrat lacht, es geht um ein Abgabenänderungsgesetz, er bringt das Thema Thermenzufahrt hier ein, vollkommen gegen alle Usancen des Hohen Hauses und wundert sich *(Landesrat Helmut Bieler: Zufällig.)* dann, dass ich das hier mithabe. Ich habe es zufällig mit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als der Thermenstandort im Seewinkel fixiert wurde, wurde auch eine Zufahrt fixiert. Diese Zufahrt mahnen der Kurt Lentsch und ich, als Mandatare des Bezirkes Neusiedl am See, ganz einfach deshalb ein, weil es notwendig ist, für einen wirtschaftlichen Erfolg dieses größten Projektes, das je in der Region finanziert wurde, 83 Millionen Euro, dass auch die Erreichbarkeit gegeben ist.

Es leben in dieser Region in eineinhalb Autobahnstunde maximal rund vier Millionen Menschen. Budapest, Győr, Bratislava, Wien, Wr. Neustadt, all diese Menschen sollen diese schöne Gebiet und sollen auch die Terme besuchen können.

All das, was hier gesagt wurde und ich lese Ihnen die Presseaussendung vor, ist im Prinzip genau das, was der Herr Landeshauptmann tagtäglich macht, wenn er von Frauenkirchen nach Eisenstadt fährt. Nämlich ähnlich diese Route wie ich sie gesagt habe, zu fahren.

Er fährt auch nicht durch das Zentrum von Frauenkirchen, gegen den engsten Kreisverkehr, wo der „Perlinger Gemüse“ jede Woche die Randsteine wegführt. Wo glaube ich, jetzt schon die Schneepflüge deshalb durch können, weil hier manche Dinge schon weggeräumt wurden. Er fährt nicht durch Mönchhof und er fährt auch nicht durch Gols und nicht durch Neusiedl am See.

Nein, er fährt so wie ich, über Podersdorf, entlang der L 205 bis zum Kreisverkehr Gols, dort auf die Autobahn und weil es dort schneller geht nach Eisenstadt.

Und als der Thermenstandort, meine sehr geehrten Damen und Herren, fixiert wurde, und die Leute von der WiBAG sind ja noch zum Teil in Funktion, Herr Direktor Schmitl kann das bestätigen, fragen Sie auch den jetzigen BEWAG-Direktor Münzenrieder, der damals WiBAG-Direktor war, es gibt auch keine andere Möglichkeit, Genehmigungen für Bauten außerhalb von Ortschaften zu bekommen, wenn nicht die Erreichbarkeit, die Erschließung auch mit Verkehrswegen gegeben ist.

Und genau das, was damals vereinbart wurde, haben der Kurt Lentsch und ich im Interesse der Region, im Interesse der Wirtschaftlichkeit, eingefordert, damit diese Erreichbarkeit auch gegeben ist. Wir haben das den Medien eine Woche vorher mitgeteilt. Ich lese Ihnen jetzt nunmehr diese vier Sätze vor, die der Kurt Lentsch und ich den Medien mitgeteilt haben.

Anbindung des Seewinkels, Anbindung an die Terme A4, wie bei der Standortwahl vereinbart, Überschrift - Chance für die gesamte Tourismusregion. „Die rasche Anbindung der Terme an das hochrangige Autobahn- und Straßennetz (A4 beziehungsweise A6) über den Kreisverkehr Gols/Weiden, weiter über die Landesstraße L 205 bis vor Podersdorf und dann entlang der Hottergrenze in Richtung Terme, ist eine unbedingt notwendige Infrastrukturmaßnahme um ein reibungsloses, fließendes verkehrszu- und -von der Terme zu gewährleisten.“ - fordern die beiden ÖVP-Bezirksmandatäre Strommer und Lentsch wie bei der Standortwahl damals vereinbart.

Mit Wien, Bratislava und Győr und Budapest liegt ein touristisches Potential von insgesamt rund vier Millionen Einwohner in einem Umkreis von maximal 1,5 Autobahn-, Autostunden, praktisch vor der Haustüre.

Dritter Satz: Um die touristischen Zentren am Ostufer des Neusiedler Sees, den südlichen Teil des Bezirkes Neusiedl am See und die Terme möglichst ohne erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastung für die Anrainergemeinden an die A4 anzubinden, ist diese Trassenführung bestens geeignet.

Vierter Satz: Die rasche Umsetzung, so fordern die beiden Mandatäre, ist ein Gebot der Stunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das waren die vier Sätze, einer, für die Region notwendigen Äußerung von Meinung, in den Medien.

Eines stelle ich auch klar, als Mandatar des Bezirkes Neusiedl am See, zu glauben, dass man Verkehrsströme zwischen Mönchhof und Halbturn durchleiten kann, 200, 250

Meter neben verbaute Gebiet, das wird nicht gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das haben sich die Bürgermeister, die damals für die Therme auch zugestimmt haben nicht verdient, wo sie derzeit keinen Verkehr haben und dann möglicherweise Verkehr bekommen hätten.

Das solche Dynamiken entstehen, weil manche Bürgermeister, keiner sagt wer es war, von „Dummheit“ gesprochen hat, es ist zwar in den Medien so gestanden, aber keiner sagt, er war es.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden als Mandatare des Bezirkes Neusiedl am See immer dafür eintreten, dass Verkehrsströme ordnungsgemäß gelenkt werden können, damit die Therme erreichbar ist, damit sie angebunden ist an das hochrangige Straßennetz.

Dass das bei der Eröffnung auch eine Notwendigkeit gewesen wäre, meine sehr geehrten Damen und Herren, für viele ist das klar. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Kurt Lentsch das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kurt Lentsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nur kurz möchte ich replizieren. Der Kurt Lentsch hat sich von Beginn an als Bürgermeister für seinen Bezirk natürlich dafür eingesetzt und als Gemeinde wesentlich dazu beigetragen, dass das Projekt mit den ursprünglich 14 Gemeinden, dann mit 13 realisiert wurde.

Ich habe versucht, den Konflikt mit einer Gemeinde im Wohlgefallen zu lösen. Ich kann Ihnen versichern, Herr Landeshauptmann, es wäre nicht gut gewesen, wenn das Projekt mit einem Ausschlussverfahren einer Gemeinde begonnen hätte. Das war mein persönlicher Einsatz.

Der Kurt Lentsch hat bei allen Verhandlungen von Beginn an versucht, alle Bürgermeisterkollegen, und das wird der Herr Kollege Loos bestätigen können, im Boot zu halten. Es hat immer Ansätze gegeben, dass der eine mit dem unzufrieden war, der andere wieder mit etwas anderem. Ich habe das immer versucht zu koordinieren.

Ich habe das gemeinsam mit den zwei WilBAG-Direktoren von Anfang an gemacht und ich bin froh, dass auch die zwei Geschäftsführer das immer goutiert haben, immer zu mir gekommen sind um Rat, wenn etwas nicht gegangen ist und ich habe das geglättet.

Der Kurt Lentsch hat dann darüber hinaus und das ist für mich jetzt wirklich arg, dass Sie mir Wirtschaftsfeindlichkeit vorwerfen, ich habe darüber hinaus persönlich viel Geld in die Hand genommen, nämlich über 80.000 Euro, als Beteiligter, um dieses Projekt zu retten, und um die Förderungen dafür zu sichern, ohne das dabei Gesetze verletzt wurden.

Das hätte das Land mit keinem anderen zusammengebracht, denn es hätte sonst Mehrheiten gegeben, die gegen Landesinteressen oder gegen Gemeindeinteressen gehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und Sie werfen mir jetzt Wirtschaftsfeindlichkeit vor. Das versteht kein Mensch. *(Beifall bei der ÖVP – Landesrat Helmut Bieler: Ich habe das schon öfters gesagt, Ihr dürft nicht so oft auf ihn hören. Dafür habt Ihr dann die Probleme.)*

Präsident Walter Prior: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! *(Abg. Andrea Gottweis: Das war schon eine Woche vorher. – Abg. Christian Sagartz, BA: Ihr seid traumatisiert. – Landeshauptmann Hans Niessl: Das war das Letzte.)*

Es gibt ein Sprichwort das sagt: *(Abg. Christian Sagartz, BA: Schau Dir das an, da brauchst Du nicht lange reden. Da gibt es gar keinen Kommentar.)* Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar - liebe Kolleginnen und Kollegen, von der ÖVP. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Gerade habe ich es gesagt, traumatisiert.)* Und auch die politischen Lügen machen es nicht wahrer.

Was heute hier an uns weitergegeben wurde, ist wahr und es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Diesen Beweis treten wir eigentlich ständig an, und leider ist die Frage wie glaubwürdig ist die ÖVP als Regierungspartei? Das liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Frage müssen Sie sich selbst schon langsam stellen.

Diese Vorgehensweise, diese Aussagen, eigentlich politische Lügen ohne Maß, die haben nichts mit Regierungsverantwortung zu tun.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter stellt sich her und sagt, das Land hat Devisenoptionsgeschäfte abgeschlossen. Jetzt weiß er es nicht oder sagt er es bewusst, falsch. Das Land hat keine Devisenoptionsgeschäfte abgeschlossen. *(Landesrat Helmut Bieler: Zu keiner Zeit.)*

Der Herr Landesrat Falb-Meixner verteidigt natürlich in seinem Ressort vehement, dass diese Straße nicht durch Nationalparkgebiet geht. *(Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner: Das ist nie geplant gewesen. Man muss schon bei der Wahrheit bleiben.)*

Ich habe ja nichts gesagt zu dem. Ich habe gesagt, Sie haben es verteidigt. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Es hat geheißen, die ÖVP.)* Ich will nur dazu sagen, richtig ist, Sie haben in Ihrer Zeit als Bürgermeister Devisenoptionsgeschäfte abgeschlossen, ohne Gemeinderatsbeschluss. Das ist richtig.

Dann, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sagen, Sie treten für die Gemeinden ein. Ja wieso sagen Sie dann, hier vor den Gemeindevertretern, nicht die Wahrheit? Sie vermischen Äpfel mit Birnen.

Sie vergleichen das Bundesland Burgenland mit anderen österreichischen Bundesländern und sagen nicht, dass die Spitalsfinanzierungen, die Zahlungen der Sozialgelder in allen Bundesländern unterschiedlich geregelt werden und in anderen Bundesländern natürlich die Landesumlage nicht einbehalten wird.

Weil eben die Spitalsabgabe, zum Beispiel in Niederösterreich, eingezogen wird und die Gemeinden im Burgenland im Schnitt besser aussteigen als in anderen österreichischen Bundesländern. Das sollten Sie, wenn Sie bei der Wahrheit bleiben, auch dazu erwähnen. Ich bleibe dabei, was Herr Landesrat Bieler hier gesagt hat.

Sie versuchen es mittlerweile mit allem, sei es mit der Sicherheit, sei es mit den Hochwassergeschädigten, sei es mit der Wirtschaft, mit den KMU's oder mit den Gemeinden politische Spielchen zu treiben.

Das haben sich die Menschen im Burgenland, das haben sich die Gemeinden, das haben sich die Wirtschaftstreibenden nicht verdient.

Bitte entscheiden Sie sich, wollen Sie regieren? Wollen Sie weiterhin die Arbeit nicht erledigen für das Land, oder sollten Sie nicht besser in Opposition gehen? (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das würde Euch passen!*)

Eine Frage noch betreffend Gratiskindergarten. Der Herr Weghofer sagt, das alles, der Gratiskindergarten kostet ihm so viel Geld. Natürlich, Sie haben hier mitgestimmt. Die Frau Landesrätin lobt die Initiativen allesamt, die mit dem neuen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz zu tun haben.

Natürlich haben wir die Arbeit geleistet und Sie haben den Beschluss mitgetragen, Sie sind aufs „Beiwagerl“ aufgehupft.

Aber eines schon, der Herr Weghofer hat keinen Gratiskindergarten, das soll noch dazu in ergänzender Weise gesagt werden. Jede Gemeinde entscheidet in ihrer Eigenständigkeit selbst, wie sie die Gebühren einhebt und ob sie Gebühren einhebt.

Das jetzt dem Land umzuhängen, ist schlichtweg eine Art der Politik, wie wir sie den Bürgerinnen und Bürgern in hoher Verantwortung gegenüber nicht betreiben und auch nicht von anderen verstehen.

Herr Kollege Radakovits, Sie haben sich nicht gemeldet. Sie wissen, was Sie paktiert haben hier im positiven Sinne, aber dann schicken Sie einen anderen nach vor als Parteisoldaten und sagen: Wir sagen hier zwar ja, das passiert das x-te Mal und dann sagen Sie auf der anderen Seite nein. Das ist alles falsch und wir spielen hier mit gezinkten Karten.

Das ist doch keine Art der Politik und wenn wir hier wirklich versucht haben - mit der ÖVP - bis zur bitteren Neige, bis jetzt, gemeinsame Regierungspolitik zu betreiben, dann haben Sie jetzt wirklich wieder einmal den Fehdehandschuh geworfen. (*Zwischenruf des Abg. Leo Radakovits*)

Ich unterstelle Ihnen, das sei jetzt demonstrativ, dass Sie mit den heutigen Aussagen letztendlich wirklich die Regierungsverantwortung niedergelegt haben. Ich denke, Sie sollten sich wirklich überlegen, meine Damen und Herren, was Sie wollen.

Weiterhin auf der Regierungsbank sitzen, Gehälter nehmen fürs Nichtarbeiten, oder sich doch zu entschließen, endlich in Opposition zu gehen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Wo bleiben die Akten liegen? – Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächste Rednerin hat sich Frau Landtagsabgeordnete Maga. Margarethe Krojer zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu zwei Dingen hier etwas sagen. Erstmals möchte ich inhaltlich zu der Diskussion etwas sagen, die hier läuft und anschließend dann zu dem, was hier läuft.

Erstens einmal, denke ich mir, bin ich überrascht, dass wir diesmal einer Meinung mit der SPÖ sind, die nämlich in ihrer Aussendung etwas schreibt, was durchaus grünen Aussendungen entnommen hätte werden können. Die SPÖ schreibt: Wenn das Kulturerbe, aber auch alte Rebkulturen und das Golser Weingebiet mit dem Bau einer neuen Straße durchschnitten werden, dann geht das Alleinstellungsmerkmal der Therme verloren.

Dass die Therme im Einklang mit der Natur steht, ist eine wesentliche Voraussetzung des Erfolges. Ich denke mir, was für die eine Seite des Sees gilt, Herr

Landeshauptmann, liebe SPÖ, sollte auch für die andere Seite des Sees gelten. *(Beifall bei den Grünen)*

Auch dort haben wir ein Weltkulturerbe. Dort waren Sie derjenige, der eine Panoramaautobahn von Eisenstadt nach Neusiedl wollte.

Also bitte, meine Herren, wenn sich Ihre Meinung nun geändert hat, dass Straßen Landschaften durchschneiden und möglicherweise Welterbe und UNESCO-Schutzgebiete gefährden könnten, dann freut mich das. Und dann würde ich meinen, dass das auch für die andere Seite des Sees gilt - nicht nur dort, Herr Landeshauptmann, wo Sie wohnen - sondern wo auch andere Menschen wohnen, denen ihre Heimat genauso wichtig ist, wie Ihnen Ihre Heimat.

Ein zweiter Punkt zur Sache noch: Wenn Verkehrserreger, wo die Eisenbahn fast unmittelbar vorbei geht, nicht an die Eisenbahn angebunden sind, dann frage ich mich, welches Verkehrskonzept liegt dem zugrunde? Denn nicht nur die Therme ist nicht angeschlossen oder hat keinen Bahnanschluss, sondern es ist ja auch Parndorf, mit über 2.000 Angestellten dort, die zum Beispiel mit keinem öffentlichen Verkehrsmittel in die Arbeit fahren können.

Soviel zum Inhalt dieser Debatte. Jetzt möchte ich kurz etwas sagen, was hier bitte heute abgeht. Ich denke, Sie wollen den wenigen Schülerinnen und Schülern - die heute da sind - zeigen, wie gut Sie sich miteinander in der Regierungsarbeit gegenseitig behindern. Das Bild nehmen die Schülerinnen und Schüler heute mit. Das wird sicherlich nicht dazu beitragen, Parteipolitikverdrossenheit hintanzuhalten.

Das wird dazu beitragen, dass sie sich noch mehr von den Altparteien abwenden. Denn wozu sprechen wir und mich wundert es - Herr Präsident und auch der Herr vorige Präsident - Sie haben sich alle zu einem Tagesordnungspunkt gemeldet.

Wenn ich mich erinnere, heißt dieser Tagesordnungspunkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Anpassungsgesetz 2009. Das ist der Tagesordnungspunkt und alle die sich zu diesem Tagesordnungspunkt melden, sollten zu diesem Tagesordnungspunkt auch Stellung nehmen.

Das was hier abgeht, ist eine reine Show, die Sie hier den Zuhörerinnen und Zuhörern geben. Nur, meiner Meinung nach, geht Ihre Streiterei am Ziel, die Jugend für Politik zu interessieren, ganz, ganz weit vorbei. *(Abg. Christian Illedits: Wichtig ist, dass Sie es wissen! – Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Leo Radakovits zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Kollege Illedits hat gemeint, ich soll mich melden. *(Abg. Christian Illedits: Ja!)* Bin natürlich sehr brav und folge und melde mich. *(Abg. Christian Illedits: Mit dem hätte ich nicht gerechnet!)*

Ich hoffe, es ist auch in seinem Sinne, was ich sagen werde. Abgabeanpassungsgesetz - die Frau Klubobfrau Krojer hat auch gemeint, man sollte zu dem Thema reden. Also tun wir es.

Das Abgabeanpassungsgesetz ist deswegen notwendig zu fassen, weil die Umsetzung eines Teils der Verwaltungsreform über den Finanzausgleich damit realisiert

wurde, dass eine zentrale Bundesabgabenordnung statt neun Landesabgabenordnungen mit 1. Jänner 2010 in Kraft tritt.

Damit ist es auch klar, dass die Burgenländische Landesabgabenordnung nicht mehr in Wirksamkeit sein kann und viele Gesetze - ob es das Jagdgesetz ist, wo die Jagdkartenabgabe eingehoben wird, ob es das Tourismusgesetz ist, wo die Tourismusabgabe eingehoben wird, haben noch das Zitat der Landesabgabenordnung enthalten und die gilt es jetzt aus diesen Gesetzen zu entfernen und eben den Zusatz Bundesabgabenordnung neu einzuführen.

Das wollen wir heute beschließen. Darüber haben wir uns auch im Ausschuss einvernehmlich verständigt. Ich hoffe, es wird auch diesbezüglich Einstimmigkeit bei der Abstimmung stattfinden.

Möchte aber sehr wohl im Sinne des Kollegen Illedits darauf hinweisen, dass die ÖVP - vor allem auch der Gemeindebund - sehr wohl paktfähig ist, (*Abg. Christian Illedits: Habe ich gesagt!*) aber die SPÖ sicherlich nicht mehr in der Lage ist, Kritik als solche, Anregungen als solche, zu verstehen und entgegenzunehmen, geschweige denn, ernst zu nehmen.

Sie werden doch nicht glauben, dass ich dem Kollegen Weghofer verwehren werde, wenn er als Bürgermeister von seiner Warte aus etwas so sieht, dass er das kundtut.

Er hat nicht und braucht nicht beim Gemeindebund anzufragen, ob er das nach außen artikulieren kann. Das ist auch nicht ein Bruch mit irgendeinem Übereinkommen. Wir stehen zu diesen Übereinkommen im Landeskoordinationskomitee. (*Abg. Christian Illedits: Ihr wollt zweimal das Geld bekommen!*)

Wir sind auch damit einverstanden, dass die Umsetzung im Sinne - auch meiner Anregung betreffend, die Verlierergemeinden - umgesetzt wurde. Wir werden auch der Landesumlage - so weh es auch tut und so gern wir auch diese in anderer Richtung geändert hätten - zustimmen.

Aber wir brauchen uns von Ihnen sicherlich nicht vorwerfen lassen, dass wir nicht arbeiten. Sie sollten sich vielleicht selbst bei der Nase nehmen und vielleicht die Arbeit auch auf Effizienz überprüfen.

Es ist nicht Arbeit, nur das ständige Herumhacken auf Anderen, das Anpatzen und dann, wenn sich einer wehrt, den Wehleidigen spielen und ihm abzusprechen, dass er sich überhaupt melden darf. (*Beifall bei der ÖVP*)

In diesem Sinne werden wir dem Abgabenänderungsgesetz selbstverständlich zustimmen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo! - Beifall bei der ÖVP*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Es liegt keine Wortmeldung vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. (*Abg. Werner Brenner: Ich verzichte!*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabenanpassungsgesetz 2009 ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Anpassung von Abgabenvorschriften - Burgenländisches Abgabenanpassungsgesetz 2009 ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.